

# Betriebsprüfung und Steuerfahndung

Bearbeitet von  
Dr. Thomas Kaligin

1. Auflage 2014. Buch. 928 S. Gebunden  
ISBN 978 3 415 04749 5

Steuern > Steuerrecht allgemein, Gesamtdarstellungen

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# Inhaltsverzeichnis

## Teil 1:

<b>Basiswissen zur Betriebsprüfung</b> . . . . .	33
<b>I. Struktur und Strategie der Betriebsprüfung</b> . . . . .	33
1 Aufgabe der Betriebsprüfung. . . . .	34
1.1 Zulässigkeit einer Außenprüfung . . . . .	35
1.1.1 Abweichungen und Auffälligkeiten als Grund für die Betriebsprüfung . . . . .	36
1.1.2 Richtlinien für die Betriebsprüfung . . . . .	39
1.2 Zeitliche Grenzen der Betriebsprüfung . . . . .	43
1.2.1 Beginn der Außenprüfung: Hemmung des Ablaufs der Festsetzungsfrist . . . . .	45
1.2.2 Keine Unterbrechung der Festsetzungsfrist durch Scheinhandlung . . . . .	50
1.3 Abgrenzung der Betriebsprüfung gegenüber den Einzelermitt- lungen . . . . .	51
1.4 Fortsetzung oder Abbruch der Prüfung im Ermessen der Finanzbehörden . . . . .	53
1.5 Statistiken über Mehrergebnisse der Betriebsprüfung. . . . .	53
1.6 Deutliche Unterschiede in der Prüfungspraxis der Bundes- länder . . . . .	54
2 Praktische Bedeutung der BpO St für die Auswahl von Betrieben zur Betriebsprüfung . . . . .	55
2.1 Anschlussprüfung bei Großbetrieben . . . . .	57
2.2 Prüfung bei Mittel-, Klein- und Kleinstbetrieben in zeitli- chen Abständen . . . . .	57
2.3 Ausgedehnte Prüfungszeiträume bei Annahme erheblicher Steuernachforderungen . . . . .	59
3 Wichtige Verfahrensfragen . . . . .	62
3.1 Bedeutung der Prüfungsanordnung . . . . .	62
3.1.1 Verlegung der Außenprüfung aufgrund besonderer Umstände . . . . .	64
3.1.2 Bekanntgabe einer Prüfungsanordnung an eine beendete KG . . . . .	64
3.1.3 Kein Verwertungsverbot bei fehlender Prüfungsanord- nung . . . . .	65

3.2	Rechtsbehelfe gegen (fehlerhafte) Betriebsprüfungsanordnungen . . . . .	65
3.3	Beispiele für rechtswidrige Betriebsprüfungsanordnungen. . .	66
3.4	Beispiele für nichtige Betriebsprüfungsanordnungen . . . . .	67
3.5	Verwertungsverbot bei rechtswidrigen Betriebsprüfungsanordnungen . . . . .	69
3.6	Verwertungsverbot bei nichtigen Betriebsprüfungsanordnungen . . . . .	70
3.7	Späterer Erlass einer fehlerfreien Betriebsprüfungsanordnung. . .	71
3.7.1	Beginn einer Außenprüfung und Verjährung . . . . .	72
3.7.2	Einbeziehen „außerbetrieblicher Verhältnisse“ in die Außenprüfung . . . . .	72
3.7.3	Einbeziehung der steuerlichen Verhältnisse von Gesellschaften und Mitgliedern . . . . .	74
<b>II.</b>	<b>Vorbereitung und Durchführung einer Betriebsprüfung . . . .</b>	<b>75</b>
1	Erkenntnisquellen und Vorgehensweisen der Finanzverwaltung . . . . .	77
2	Verhaltensstrategien für den Stpfl. . . . .	81
2.1	Häufige formale Fehler . . . . .	82
2.2	Vermeidbare Fehler der Stpfl. . . . .	84
2.3	Checkliste zur Außenprüfung . . . . .	85
3	Zeitpunkt, Ort und Umfang der Prüfung . . . . .	86
3.1	Zeitpunkt der Betriebsprüfung . . . . .	86
3.2	Bestimmung des Prüfungsorts . . . . .	87
3.2.1	Bedeutung des Orts der Betriebsprüfung . . . . .	87
3.2.2	Geschäftsräume des Stpfl. als normaler Ort der Betriebsprüfung . . . . .	88
3.2.3	Wohnung des Stpfl. als Wahlmöglichkeit des Orts der Prüfung . . . . .	88
3.3	Andere Prüfungsorte . . . . .	89
3.4	Umfang und Beschränkung der Prüfung . . . . .	91
4	Organisation des Betriebsprüfungsgeschehens. . . . .	92
4.1	Ständige Beobachtung des Prüfers. . . . .	94
4.2	Begrenzter Rechtsschutz im Hinblick auf die Art und Weise einer Außenprüfung . . . . .	96
5	Vorlagepflichten, Schätzung und Verprobung . . . . .	98
5.1	Vorlagepflicht von Urkunden. . . . .	98
5.2	Anforderung von privaten Kontounterlagen . . . . .	101
5.2.1	Außergewöhnlich hohe ungebundene Entnahmen . . . .	101

5.2.2	Folgen der Erklärung über die Nichtherausgabe oder die fehlende Aufbewahrung von Unterlagen . . . . .	102
5.3	Anwendung von Schätzungsmethoden bei ordnungsgemäßer Buchführung . . . . .	103
5.4	Vermögenszuwachsrechnung und Geldverkehrsrechnung zur Aufdeckung von Schwarzgeldern . . . . .	111
6	Beendigung der Betriebsprüfung . . . . .	115
6.1	Rechtsanspruch auf die Durchführung der Schlussbesprechung . . . . .	115
6.2	Strategien bei der tatsächlichen Verständigung . . . . .	118
6.3	Anspruch auf eine verbindliche Zusage . . . . .	124
7	Überleitung der Betriebsprüfung in ein Strafverfahren .	126
7.1	Information an die Straf- und Bußgeldsachenstelle bei Verdacht einer Straftat . . . . .	126
7.2	Einleitung des Strafverfahrens nach Abschluss einer Betriebsprüfung . . . . .	128
7.3	Unterschiedliche Vorgehensweise in den einzelnen Bundesländern . . . . .	129
<b>III.</b>	<b>Umsatzsteuer-Sonderprüfung . . . . .</b>	<b>130</b>
1	Umsatzsteuer-Sonderprüfung als Erst- und Bedarfsprüfung . .	130
2	Prüfungsfelder . . . . .	131
3	Einzelfragen . . . . .	132
<b>IV.</b>	<b>Umsatzsteuer-Nachscha . . . . .</b>	<b>133</b>
1	Nachscha als Maßnahme der Steueraufsicht . . . . .	134
2	Befugnisse des Finanzamts. . . . .	134
2.1	Einsichtnahme in Unterlagen . . . . .	135
2.2	Betretungsrecht für Geschäftsräume. . . . .	135
2.3	Betretungsrecht für Wohnräume. . . . .	137
2.4	Übergang zur Außenprüfung. . . . .	138
2.5	Verwertung von Erkenntnissen in Kontrollmitteilungen . . .	138
3	Faktischer Ausschluss vorläufigen Rechtsschutzes . . . . .	138
4	Selbstanzeige im Rahmen der Nachscha . . . . .	139
5	Personelle Probleme der Verwaltung bei der Nachscha . . .	140
<b>V.</b>	<b>Lohnsteuer-Außenprüfung. . . . .</b>	<b>141</b>
1	Grundsätzliche Anmerkungen zur Lohnsteuer-Außenprüfung	142
1.1	Rechtsgrundlagen . . . . .	143
1.2	Geprüfter Personenkreis . . . . .	143
2	Zulässigkeit der Außenprüfung . . . . .	145

3	Zuständigkeit. . . . .	145
4	Ermessensentscheidung. . . . .	146
5	Prüfungsanordnung . . . . .	146
6	Rechtsstellung der Beteiligten . . . . .	147
6.1	Aufgabenkreis des Lohnsteuer-Prüfers . . . . .	147
6.2	Rechte und Pflichten des Arbeitgebers . . . . .	148
6.3	Rechte und Pflichten des Arbeitnehmers . . . . .	150
7	Durchführung der Lohnsteuer-Außenprüfung . . . . .	151
7.1	Anordnung . . . . .	151
7.2	Folgen für den Arbeitgeber . . . . .	151
7.3	Gegenstand . . . . .	151
7.4	Abschluss der Lohnsteuer-Außenprüfung . . . . .	153
8	Verfahrensrechtliche Folgen der Lohnsteuer-Außenprüfung . .	153
8.1	Steuernachforderungen . . . . .	153
8.2	Inanspruchnahme des Arbeitgebers durch Nachforderungs- oder Haftungsbescheide . . . . .	154
8.3	Grenzen der Lohnsteuer-Außenprüfung (Vertrauensschutz) . .	158
8.4	Wegfall des Nachprüfungsvorbehalts . . . . .	160
8.5	Änderungssperre. . . . .	160
<b>VI.</b>	<b>Lohnsteuer-Nachschau (§ 42g EStG) . . . . .</b>	<b>162</b>
1	Vorbemerkungen . . . . .	162
2	Aufbau der Vorschrift . . . . .	163
3	Zeit, Ort und Betretungsrechte . . . . .	163
4	Vorzulegende Unterlagen und Auskunftspflichten . . . . .	163
5	Verhältnis zur steuerlichen Selbstanzeige . . . . .	164
6	Fazit . . . . .	164
<b>VII.</b>	<b>Investitionszulagen-Sonderprüfung. . . . .</b>	<b>164</b>
1	Geltungsbereich der AO und BpO . . . . .	165
2	Investitionszulagengesetz 2005 . . . . .	165
3	Investitionszulagengesetz 2007 . . . . .	166
4	Investitionszulagengesetz 2010 . . . . .	168
<b>VIII.</b>	<b>Taktik bei streitbefangenen Steuernachforderungen . . . . .</b>	<b>170</b>
1	Ausgangssituation . . . . .	170
2	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung beim FG . . . . .	172
3	Antrag auf Vollstreckungsaufschub . . . . .	174
4	Klassische Fehlerquellen bei der Zwangsvollstreckung von Steuernachforderungen . . . . .	175
4.1	Vorliegen eines wirksamen Steuerbescheids . . . . .	175

4.2	Vorliegen eines Leistungsgebots . . . . .	176
4.3	Wahrung der Wochenfrist . . . . .	177
4.4	Beschränkte Durchsuchungsmöglichkeiten bei Wohn- und Geschäftsräumen . . . . .	177
4.5	Aufteilungsantrag . . . . .	178
4.6	Faktisches Sonderrecht bei uralten Steuernachforderungen . .	178
<b>IX.</b>	<b>Missbräuchliche Auswahl zur Betriebsprüfung.</b> . . . . .	178
1	Routine- oder Anlassprüfung . . . . .	178
2	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, Willkür-, Schikane- und Ermessensmissbrauchsverbot . . . . .	181
3	Zweckentfremdung der Betriebsprüfung . . . . .	183
4	Rechtsbehelfe . . . . .	185
<b>X.</b>	<b>Mitteilungspflichten der Finanzämter in der Betriebsprüfung</b>	186
1	Engmaschiges Netz an Rechtsgrundlagen . . . . .	187
2	Kontrollmitteilungen: spontane Amtshilfe innerhalb der Finanzverwaltung . . . . .	188
2.1	Typische Anlässe für Kontrollmitteilungen . . . . .	189
2.2	Inhalt der Kontrollmitteilung . . . . .	192
2.3	Keine Verletzung von Mitwirkungsverweigerungsrechten . .	193
2.4	Bankenprivileg. . . . .	196
2.5	Internationale Kontrollmitteilungen . . . . .	198
2.6	Rechtsschutzmöglichkeiten . . . . .	199
2.7	Rechtsfolgen von Kontrollmitteilungen. . . . .	199
3	Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmissbrauchs . . . . .	200
3.1	Offenbarung zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung einschließlich der Schwarzarbeit . . . . .	200
3.2	Offenbarung zur Bekämpfung illegaler Arbeitnehmerüberlas- sung . . . . .	201
3.3	Offenbarung zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch . . .	201
3.4	Mitteilungspflicht der Finanzbehörde . . . . .	203
4	Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche . . . . .	204
<b>XI.</b>	<b>Grundsätze zur Rationalisierung der Betriebsprüfung.</b> . . . .	207
1	Vorbemerkungen. . . . .	207
2	Betriebsprüfungs-Sachgebietsleiter . . . . .	209
3	Vorbereitende Maßnahmen. . . . .	209
3.1	Auswahl der zu prüfenden Betriebe. . . . .	209
3.1.1	Gezielte Fallauswahl. . . . .	210

3.1.2	Zufallsauswahl . . . . .	210
3.2	Branchenmäßiger Einsatz der Betriebsprüfer . . . . .	210
3.3	Mehrmalige Prüfung durch denselben Prüfer . . . . .	211
3.4	Prüferteam . . . . .	211
3.5	Zusammenarbeit mit dem Bundeszentralamt für Steuern . . . . .	211
3.6	Allgemeine Grundsätze für die Prüfungsvorbereitung . . . . .	212
3.7	Aussonderung nicht prüfungsrelevanter Betriebe . . . . .	213
4	Durchführung der Betriebsprüfung . . . . .	213
4.1	Prüfungsschwerpunkte . . . . .	213
4.2	Kontrollmaterial . . . . .	214
4.3	Vorzeitige Beendigung von Betriebsprüfungen. . . . .	215
4.4	Erweiterung des Prüfungszeitraums bei nicht unerheblichen Steuernachforderungen oder Steuererstattungen . . . . .	215
4.5	Vorzeitige Auswertung von Prüfungsfeststellungen bei lang andauernden Betriebsprüfungen . . . . .	216
5	Prüfungsbericht . . . . .	216
5.1	Inhalt des Prüfungsberichts. . . . .	216
5.2	Aussagen zur Buchführung. . . . .	217
5.3	Bericht bei abgekürzter Außenprüfung . . . . .	217
5.4	Abfassung des Prüfungsberichts . . . . .	217
5.5	Arbeitsbogen des Betriebsprüfers . . . . .	217
5.6	Frist für die Stellungnahme zum Prüfungsbericht . . . . .	217
<b>XII.</b>	<b>Außenprüfung bei Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe . . . . .</b>	<b>217</b>
1	Rechtliche Grundlagen . . . . .	218
2	Rechtsprechung des BFH . . . . .	218
2.1	Kein Verzicht auf Ausstellung von Kontrollmitteilungen. . . . .	219
2.2	Belehrungspflicht vor Ausstellung einer Kontrollmitteilung. . . . .	221
3	Grenzen des Auskunftsverweigerungsrechts . . . . .	222
<b>Teil 2:</b>		
	<b>Einzelfragen der Betriebsprüfung . . . . .</b>	<b>225</b>
<b>I.</b>	<b>Die digitale Betriebsprüfung – Zugriff der Betriebsprüfung auf die Unternehmens-EDV . . . . .</b>	<b>225</b>
1	Vorbemerkungen . . . . .	226
2	Änderungen in der Abgabenordnung . . . . .	228
2.1	Unmittelbarer Zugriff, Nur-Lesezugriff . . . . .	229
2.2	Mittelbarer Datenzugriff. . . . .	230
2.3	Überlassung von Daten auf Datenträgern . . . . .	231

3	Anwendungsbereich . . . . .	232
3.1	Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	232
3.2	Persönlicher Anwendungsbereich. . . . .	239
3.3	Zeitlicher Anwendungsbereich . . . . .	239
4	Zugriffsform . . . . .	240
4.1	Ermessen und Kosten . . . . .	240
4.2	Ort des Datenzugriffs . . . . .	242
5	Rechtsschutz gegen den Datenzugriff . . . . .	243
6	Anwendung der Datenübernahme durch das Programm IDEA . . . . .	245
7	Besondere Hinweise zur Außenprüfung des Steuerberaters . . . . .	247
7.1	Unmittelbarer Datenzugriff auf das DV-System des Steuerberaters durch den Prüfer . . . . .	247
7.2	Mittelbarer Datenzugriff auf das DV-System des Steuerberaters durch den Prüfer . . . . .	248
<b>II.</b>	<b>Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Außenprüfung . . . . .</b>	<b>249</b>
1	Prüfungsanordnung . . . . .	249
2	Festlegung des Prüfungsbeginns; Ablehnung des Antrags auf Verlegung des Prüfungsbeginns . . . . .	250
3	Beauftragung einer anderen Finanzbehörde mit der Durchführung der Außenprüfung . . . . .	251
4	Nichteinhaltung der Informations- und Unterrichtungspflichten nach § 199 Abs. 2 AO . . . . .	253
5	Aufklärungsmaßnahmen in der Betriebsprüfung . . . . .	253
6	Das Verzögerungsgeld . . . . .	255
6.1	Systematische Einordnung . . . . .	256
6.2	Anwendungsfragen . . . . .	257
6.2.1	Verzögerungsgeld bei Verlagerung oder unterbliebener Rückverlagerung der Buchführung . . . . .	257
6.2.2	Verzögerungsgelder bei sonstigen Verletzungen von Mitwirkungspflichten . . . . .	258
<b>III.</b>	<b>Tatsächlicher Beginn der Außenprüfung oder Scheinhandlung . . . . .</b>	<b>261</b>
<b>IV.</b>	<b>Betriebsaufspaltung im Blickwinkel der Betriebsprüfung. . . . .</b>	<b>263</b>
1	Bedeutung der Betriebsaufspaltung für die (mittelständische) Wirtschaft . . . . .	268
2	Fehlende Rechtsgrundlagen der Betriebsaufspaltung im Steuerrecht . . . . .	270



3	Abgrenzung zur Mitunternehmerschaft, Betriebsverpachtung und Betriebsführungsvertrag . . . . .	271
3.1	Abgrenzung zur Mitunternehmerschaft . . . . .	271
3.2	Abgrenzung zur Betriebsverpachtung . . . . .	272
3.3	Abgrenzung zum Betriebsführungsvertrag . . . . .	273
4	Voraussetzungen der Betriebsaufspaltung . . . . .	273
4.1	Personelle Voraussetzungen . . . . .	274
4.1.1	Mehrheit von Personen bei Besitz- und Betriebsgesellschaften (Bestimmung der erforderlichen Beteiligungsverhältnisse) . . . . .	274
4.1.2	Besonderheiten bei der Zusammenrechnung von Beteiligungen naher Angehöriger . . . . .	278
4.1.3	Sonstige Beherrschungskriterien . . . . .	284
4.1.4	Gestaltungsvarianten zur Vermeidung der Betriebsaufspaltung . . . . .	293
4.2	Sachliche Voraussetzungen (Überlassung wesentlicher Betriebsgrundlagen) . . . . .	299
4.3	Nachträgliche Erfassung einer Betriebsaufspaltung . . . . .	308
4.4	Steuerliche Einzelfragen bei der Begründung der Betriebsaufspaltung . . . . .	309
4.4.1	Vollzug der Betriebsaufspaltung (steuerliche Konsequenzen bei rückwirkend vorgenommenen Betriebsaufspaltungen) . . . . .	310
4.4.2	Problematik der Gewinnrealisierung bei der Begründung der Betriebsaufspaltung . . . . .	310
5	Beendigung der Betriebsaufspaltung . . . . .	320
5.1	Beendigung des Pachtvertrags (Weiterverpachtung an Dritte) . . . . .	320
5.2	Wegfall der personellen oder sachlichen Voraussetzungen . . . . .	323
5.3	Umwandlung der Betriebskapitalgesellschaft auf das Besitzunternehmen . . . . .	330
5.4	Einbringung des Besitzunternehmens in die Betriebskapitalgesellschaft . . . . .	332
<b>V.</b>	<b>Schätzung in der Betriebsprüfung.</b> . . . . .	<b>333</b>
1	Voraussetzungen für die Schätzung . . . . .	333
2	Rechtsprechung zur Schätzung . . . . .	335
3	Die Buchführung als Ansatzpunkt für den Betriebsprüfer . . . . .	336
4	Das Grundprinzip des Benford'schen Gesetzes. . . . .	340
5	Der Chi-Quadrat-Test . . . . .	340
6	Folgen der Vernichtung von Unterlagen . . . . .	345
7	Schätzung von Zinseinkünften. . . . .	345

8	Nachkalkulation . . . . .	347
9	Geldverkehrs- und Vermögenszuwachsrechnung . . . . .	347
10	Zeitreihenvergleich . . . . .	347
11	Äußerer Betriebsvergleich . . . . .	348
12	Schätzungsfehler . . . . .	349
13	Schätzung trotz anhängigen Steuerstrafverfahrens . . . . .	349
<b>VI.</b>	<b>Rückstellungen in der Praxis der Betriebsprüfung . . . . .</b>	<b>350</b>
1	Typen von Rückstellungen . . . . .	355
2	Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten . . . . .	357
2.1	Gründe für die Bildung einer Rückstellung . . . . .	357
2.2	Besonderheiten bei öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen . . . . .	360
2.3	Ungewissheit. . . . .	367
2.4	Betriebliche Veranlassung . . . . .	370
2.5	Wahrscheinlichkeit des Bestehens der Verbindlichkeit und der Inanspruchnahme . . . . .	372
2.6	Wirtschaftliche Belastung (Verursachung) in der Vergangen- heit . . . . .	374
2.7	Bewertung von Rückstellungen . . . . .	378
2.8	Auflösung von Rückstellungen . . . . .	383
2.9	Nachholung einer nicht gebildeten Rückstellung . . . . .	383
3	Sonstige Rückstellungen im Überblick . . . . .	384
3.1	Erfolgsabhängige Verpflichtungen (§ 5 Abs. 2a EStG) . . . . .	384
3.2	Rückstellungen wegen Verletzung fremder Schutzrechte (§ 5 Abs. 3 EStG) . . . . .	385
3.3	Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen (§ 5 Abs. 4 EStG). . . . .	385
3.4	Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (§ 5 Abs. 4a EStG) . . . . .	386
3.5	Rückstellungen für Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. Entsorgungsrückstellungen für radioaktive Reststoffe oder Anlageteile (§ 5 Abs. 4b EStG) . . . . .	390
3.6	Steuerbilanzielle Bildung von Bewertungseinheiten bei Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken (§ 5 Abs. 1a EStG) . . . . .	391
<b>VII.</b>	<b>Gewerblicher Grundstückshandel . . . . .</b>	<b>392</b>
1	Dauerbrenner-Thema in der Betriebsprüfung . . . . .	395
2	Probleme bei der Abgrenzung der Gewerblichkeit . . . . .	395
3	Drei-Objekt-Grenze als wichtiges, aber nicht immer allein entscheidendes Kriterium . . . . .	396

4	Einzelfragen der Abgrenzung zwischen privater Vermögensverwaltung und Gewerbebetrieb . . . . .	405
4.1	Geringfügige Überschreitung des Fünf-Jahres-Zeitraums . . . .	405
4.2	„Objekte“ im Sinne der „Drei-Objekt-Grenze“ . . . . .	406
4.2.1	Unbebaute Grundstücke als „Objekte“ . . . . .	406
4.2.2	Nicht einzubeziehende Objekte. . . . .	408
4.2.3	Rechtliche Zweifelhaftheit von Einbringungsvorgängen als Anschaffungen . . . . .	411
4.3	Schwer zu widerlegende bedingte Veräußerungsabsicht . . . .	412
4.4	Branchennähe als Stütze der bedingten Veräußerungsabsicht .	415
4.5	Erbfälle und Erwerbe im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge . . . . .	416
4.6	Gewerblicher Grundstückshändler bei Erschließungsmaßnahmen in „eigener Regie“ . . . . .	417
4.7	Aufteilung in Eigentumswohnungen . . . . .	418
4.8	Keine Abschirmwirkung von Personengesellschaften. . . . .	419
4.9	Eingeschränkte Abschirmwirkung der GmbH . . . . .	422
5	Beginn des gewerblichen Grundstückshandels; Ermittlung des Veräußerungsgewinns . . . . .	426
5.1	Zeitpunkt der Fertigstellung als Beginn des gewerblichen Grundstückshandels . . . . .	426
5.2	Ermittlung des Veräußerungsgewinns. . . . .	427
6	Unterbrechung und Ende eines gewerblichen Grundstückshandels . . . . .	430
7	Folgen des gewerblichen Grundstückshandels. . . . .	432
8	Strategien zur Vermeidung eines gewerblichen Grundstückshandels . . . . .	435
8.1	Strikte Trennung privat gehaltener Immobilien . . . . .	435
8.2	Anhebung der Drei-Objekt-Grenze. . . . .	435
8.3	Nutzung der Drei-Objekt-Grenze durch Großobjekte . . . . .	436
8.4	Vermeidung von typischen Bauträgertätigkeiten. . . . .	437
8.5	Ausländische Grundstücksgesellschaften. . . . .	437
9	Gute Argumente in der Betriebsprüfung . . . . .	438
<b>VIII.</b>	<b>Gesellschafter-Geschäftsführer-Vergütung . . . . .</b>	<b>438</b>
1	Wirksamer Anstellungsvertrag mit dem Geschäftsführer . . . .	440
2	Angemessenheit der Gesamtbezüge eines Gesellschafter-Geschäftsführers . . . . .	441
2.1	Rechtsprechung des BFH . . . . .	441
2.2	Allgemeine Grundsätze zur Bestimmung der Angemessenheit	442
2.3	Art und Umfang der Tätigkeit . . . . .	444

2.4	Ertragsaussichten der Gesellschaft . . . . .	446
2.5	Fremdvergleich . . . . .	447
2.6	Zuschläge. . . . .	448
3	Tantieme . . . . .	450
3.1	Bedeutung in der Praxis . . . . .	450
3.2	Wirksame Vereinbarung . . . . .	451
3.3	Angemessenheit der Tantieme . . . . .	453
3.4	Umsatztantieme . . . . .	456
4	Pensionszusage . . . . .	457
<b>IX.</b>	<b>Geschenke und Bewirtungskosten . . . . .</b>	<b>465</b>
1	Erhöhtes Mehrergebnis durch formelle Aufzeichnungspflichten . . . . .	466
2	Geschenke . . . . .	466
2.1	Begriff der Aufwendungen für Geschenke . . . . .	467
2.2	Unentgeltlichkeit der Zuwendung. . . . .	468
2.3	Gegenstand des Geschenks. . . . .	471
2.4	Wertgrenze . . . . .	471
2.5	Empfänger von Geschenken: keine Arbeitnehmer. . . . .	472
2.6	Rechtsfolge . . . . .	473
2.7	Umsatzsteuer. . . . .	473
3	Bewirtungsaufwendungen . . . . .	473
3.1	Abgrenzungen zu den Aufwendungen der Lebensführung. . . . .	475
3.2	Definition des Bewirtungsbegriffs . . . . .	478
3.3	Bewirtung aus geschäftlichem Anlass. . . . .	481
3.4	Nachweis der Höhe und der betrieblichen Veranlassung. . . . .	483
3.5	Verhältnis zwischen Bewirtungsaufwendungen und Geschenken . . . . .	486
4	Aufzeichnungspflichten . . . . .	486
4.1	Allgemeines . . . . .	486
4.2	Anforderungen an die Aufzeichnungen . . . . .	487
4.3	Folgen unrichtiger Verbuchung . . . . .	489
<b>X.</b>	<b>Liebhaberei im Brennpunkt der Betriebsprüfung. . . . .</b>	<b>490</b>
1	Keine Berücksichtigung von Verlusten bei Liebhaberei. . . . .	492
2	Grundsätze der Liebhaberei . . . . .	495
3	Fehlende Einkünfterzielungsabsicht. . . . .	497
3.1	Persönliche Gründe der Lebensführung . . . . .	498
3.2	Von Beginn an ausschließlich persönliche Gründe (Wechsel zwischen Einkünfterzielungsabsicht und persönlichen Gründen) . . . . .	501

3.3	Feststellungslast . . . . .	506
4	Totalgewinn . . . . .	506
5	Einzelfragen . . . . .	512
5.1	Besonderheiten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung . . . . .	512
5.2	Anwendungsfragen bei Personenmehrheiten (Personengesell- schaften und vergleichbare Gemeinschaftsverhältnisse) . . . .	527
6	Körperschaftsteuer. . . . .	532
7	Umsatzsteuer. . . . .	532
<b>XI.</b>	<b>Das Benennungsverlangen der Finanzämter gemäß § 160 AO</b>	533
1	Kein Betriebsausgabenabzug bei unerwünschten Geschäften .	534
1.1	Bedeutung der Vorschrift für die Stpfl. . . . .	534
1.2	Benennung des Zahlungsempfängers für den Betriebsausga- benabzug . . . . .	535
1.3	Verhinderung von Steuerausfällen. . . . .	536
1.4	Keine Ermittlungspflicht . . . . .	537
1.5	Verhältnis zu anderen Vorschriften . . . . .	537
2	Begriff der Schulden und Lasten. . . . .	538
3	Verlangen der Finanzbehörde zur Empfängerbenennung . . .	540
3.1	Rechtsnatur des Verlangens. . . . .	540
3.2	Ermessenscharakter des Benennungsverlangens. . . . .	540
3.3	Genaue Bezeichnung des Empfängers. . . . .	545
3.4	Kein Einfluss auf Auskunftsverweigerungsrechte . . . . .	550
4	Rechtsfolgen der Nichterfüllung des Benennungsverlangens .	551
5	Verfahrensfragen . . . . .	553
<b>XII.</b>	<b>Private Nutzung betrieblicher Kfz; Anforderungen an ein Fahrtenbuch . . . . .</b>	555
1	Vorbemerkungen. . . . .	557
1.1	Keine einheitliche Betrachtungsweise bei Ertragsteuern und Umsatzsteuer . . . . .	563
1.2	Fahrtenbuchregelung . . . . .	563
1.3	Schätzung des nichtunternehmerischen Nutzungsanteils . . .	564
2	Fahrtenbuch mit Kostendeckelung . . . . .	564
3	Gesetzliche Neuregelung . . . . .	565
4	Praktische Auswirkungen (Fallbeispiele). . . . .	567
5	Anforderungen an ein ordnungsgemäß geführtes Fahrtenbuch	568

<b>XIII.</b>	<b>Der Investitionsabzugsbetrag gemäß § 7g EStG</b>	
	<b>nach der Unternehmenssteuerreform 2008</b>	576
1	Gründe für die Neufassung des § 7g EStG	579
1.1	Überblick: Neues versus altes Recht.	584
1.2	Neues Recht	584
1.3	Altes Recht	584
2	Grundelemente der neuen Fördersystematik.	585
2.1	Außerbilanzieller Abzugsbetrag	585
2.2	Förderfähige Betriebe	586
3	Konkretisierung der Investitionen.	593
4	Verbleibensvoraussetzungen	596
5	Bezeichnung des Wirtschaftsguts	597
6	Berechnung des Höchstbetrags.	601
7	Besonderheiten bei geringwertigen Wirtschaftsgütern	602
8	Entstehen von Verlusten	604
9	Auflösung des Investitionsabzugsbetrags	605
9.1	Allgemeines	605
9.2	Übereinstimmung zwischen den tatsächlichen und prognostizierten Anschaffungskosten	606
9.3	Höhere tatsächliche als prognostizierte Anschaffungskosten	606
9.4	Niedrigere tatsächliche als prognostizierte Anschaffungskosten	607
9.5	Folgen einer Nichtinvestition	607
9.6	Konsequenzen bei Verstoß gegen die Verbleibens- und/oder Nutzungsvoraussetzungen	610
10	Verfahrensfragen.	612
<b>XIV.</b>	<b>Spezifische Prüfungsschwerpunkte im Baugewerbe</b>	613
1	Branchenspezifische Besonderheiten im Baugewerbe und deren Ursachen	613
2	Nachversteuerung von verkürzten Beträgen	615
3	Streichung des Betriebsausgabenabzugs wegen fehlender oder unzureichender Empfängerbenennung	616
4	Probleme bei der Geltendmachung des Vorsteuerabzugs	620
<b>XV.</b>	<b>Steuerchaos Gaststättengewerbe</b>	625
1	Wirtschaftliches Umfeld der Branche.	625
2	Ordnungsmäßigkeit der Buchführung.	627
2.1	Allgemeines	627
2.2	Folgen der Schätzung	632

3	Umkippen eines Besteuerungsverfahrens in ein Steuerstrafverfahren . . . . .	632
4	Strafrechtliche Risiken für Großhändler . . . . .	633
5	Spezifische Risiken für involvierte Berater . . . . .	633

**Teil 3:**

<b>Steuerstrafsachen . . . . .</b>	<b>635</b>
------------------------------------	------------

<b>I. Steuerfahndung und Steuerstrafverfahren: Allgemeiner Teil .</b>	<b>635</b>
---	------------

1	Tatbestand der Steuerhinterziehung (§ 370 AO) . . . . .	636
1.1	Tathandlung . . . . .	636
1.2	Taterfolg. . . . .	636
1.3	Kausalität zwischen Handlung und Erfolg und objektive Zurechenbarkeit des Erfolgs . . . . .	637
2	Vorsatz . . . . .	638
3	Strafverfolgungsverjährung. . . . .	640
3.1	Bedeutung und Berechnung . . . . .	640
3.2	Unterbrechung der Strafverfolgungsverjährung . . . . .	643
3.3	Allgemeiner Veranlagungsabschluss (Tatvollendung in Nichtabgabe-Fällen) . . . . .	645
3.4	Verlängerung der Strafverfolgungsverjährungsfristen (§ 376 AO) durch das Jahressteuergesetz 2009 . . . . .	646
3.5	Gewerbsmäßige oder bandenmäßige Steuerhinterziehung großen Ausmaßes . . . . .	648
4	Ablauf eines Strafverfahrens wegen Steuerhinterziehung (Fahndungsfall) . . . . .	651

<b>II. Aufgaben und Befugnisse der Steuerfahndung . . . . .</b>	<b>652</b>
---	------------

1	Befugnisse der Steuerfahndung im Strafverfahren. . . . .	652
1.1	Voraussetzungen von Durchsuchung und Beschlagnahme . . . . .	653
1.1.1	Durchsuchung beim Verdächtigen . . . . .	653
1.1.2	Durchsuchung bei anderen Personen (Dritten) . . . . .	653
1.1.3	Verhältnismäßigkeit . . . . .	654
1.1.4	Bestimmtheit von Durchsuchungsbeschlüssen . . . . .	655
1.1.5	Durchsuchung wegen Gefahr im Verzug. . . . .	656
1.2	Durchführung der Durchsuchung . . . . .	656
1.2.1	Durchsuchungszeugen. . . . .	656
1.2.2	Zeitpunkt der Durchsuchung . . . . .	657
1.2.3	Mitteilung des Durchsuchungszwecks. . . . .	657
1.2.4	Anwesenheitsrecht . . . . .	657

2	Befugnisse der Steuerfahndung im Besteuerungsverfahren . .	658
3	Sonderfall: Einheitssachgebiete . . . . .	660
<b>III.</b>	<b>Typische Aufgriffsanlässe für die Steuerfahndung . . . . .</b>	<b>660</b>
1	Die wichtigsten Ausgangspunkte für Ermittlungen im Überblick . . . . .	661
2	Weitere Fallgruppen aus der Praxis . . . . .	662
<b>IV.</b>	<b>Selbstanzeige: Neuregelungen und Hinweise auf die alte Rechtslage nebst Übergangsfragen . . . . .</b>	<b>663</b>
1	Fragestellungen im Vorfeld der Selbstanzeige . . . . .	667
2	Form, Inhalt und Vollständigkeit der Selbstanzeige. . . . .	672
3	Nachzahlung der Steuern. . . . .	679
3.1	Allgemeine Grundsätze . . . . .	679
3.2	Nachzahlung bei Gesellschaftern . . . . .	680
3.3	Absehen von Strafverfolgung nach § 398a AO bei korrespon- dierender Erhebung eines Verwaltungskostenzuschlags . . . .	681
4	Ausschlussgründe für die Selbstanzeige . . . . .	682
4.1	Bekanntgabe der Prüfungsanordnung bzw. Erscheinen eines Außenprüfers der Finanzbehörde . . . . .	683
4.1.1	Neue Rechtslage nach dem Schwarzgeldbekämpfungsgesetz . . . . .	683
4.1.2	Alte und neue Rechtslage vor dem Schwarzgeldbekämpfungsgesetz . . . . .	684
4.2	Bekanntgabe der Einleitung des Steuerstraf- oder Bußgeldverfahrens an den Täter oder seinen Vertreter . . . . .	689
4.3	Tatentdeckung . . . . .	689
5	Möglichkeiten zur Berichtigung trotz Tatentdeckung oder Prüfer-Erscheinens . . . . .	692
5.1	Selbstanzeige wegen leichtfertiger Steuerverkürzung. . . . .	693
5.2	Selbstanzeige einer dritten Person. . . . .	697
6	Wiederaufleben der Selbstanzeigemöglichkeit. . . . .	699
<b>V.</b>	<b>Steuerhinterziehung: Steuerliche Beurteilung bzw. Gestaltung . . . . .</b>	<b>700</b>
1	Offenbarungspflichten im Besteuerungsverfahren. . . . .	702
2	Die Rechtsprechung des BGH in Strafsachen . . . . .	703
3	Vollständige Darlegung als Anforderung der steuerlichen Rechtsprechung . . . . .	704
4	Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung . . . . .	706



5	Praxisrelevante Einzelfälle . . . . .	707
5.1	Rückkauf- oder Verkaufsgarantien . . . . .	707
5.2	Zweifelsfragen bei der Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen und Spekulationsgewinnen . . . . .	711
5.3	Rückwirkende Erfassung von stillen Reserven bei wesentli- chen Beteiligungen gemäß § 17 EStG . . . . .	716
<b>VI.</b>	<b>Steuerstraf- und Steuerordnungswidrigkeitenverfahren:</b>	
	<b>Beendigungsmöglichkeiten . . . . .</b>	<b>720</b>
1	Erhebliche Spannbreite bei den Entscheidungen im Strafver- fahren . . . . .	721
2	Einstellung eines Strafverfahrens bzw. eines Ordnungswidrig- keitenverfahrens . . . . .	723
2.1	Voraussetzungen . . . . .	723
2.2	Ursachen der Einstellung von Steuerstrafverfahren . . . . .	724
	2.2.1 Ursachen im Bereich der Steuerfahndung. . . . .	724
	2.2.2 Ursachen im Bereich der Bußgeld- und Strafsachen- stellen . . . . .	727
	2.2.3 Ursachen im Bereich der Staatsanwaltschaft . . . . .	728
	2.2.4 Ursachen im Bereich der Strafgerichte. . . . .	728
	2.2.5 Typische Behördenabläufe als gemeinsame Ursachen . .	728
3	Absehen von der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten . . . .	730
4	Einstellung wegen Geringfügigkeit . . . . .	731
5	Einstellung gemäß § 154 StPO oder § 154a StPO. . . . .	731
6	Absehen von der Verfolgung wegen geringer Schuld . . . . .	732
7	Bußgeldbescheide gemäß §§ 130, 30 OWiG. . . . .	733
7.1	Verletzung der Aufsichtspflicht/Organisationsverschulden in Betrieben und Unternehmen . . . . .	733
7.2	Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereini- gungen . . . . .	734
8	Bußgeldbescheid wegen leichtfertiger Steuerverkürzung. . . .	735
8.1	Bedeutung in der Praxis. . . . .	735
8.2	Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	737
8.3	Kontrolle des Steuerberaters? . . . . .	738
8.4	Kontrolle von Angestellten, Mitunternehmern, Ehegatten . . .	741
8.5	Unterlassene Erkundigung über die steuerliche Rechtslage . .	742
8.6	Vorliegen einer Dauerordnungswidrigkeit . . . . .	743
8.7	Mitteilung an das Gewerbezentralregister . . . . .	744
9	Einstellung des Verfahrens bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen . . . . .	745
10	Verwarnung mit Strafvorbehalt. . . . .	749

11	Leicht rückläufige Anzahl der Strafbefehle . . . . .	750
11.1	Diskrepanz zwischen Anfangsverdacht und Nachweis . . . . .	750
11.2	Verfahren bei Erlass eines Strafbefehls . . . . .	751
11.3	Mängel von Strafbefehlen . . . . .	752
11.4	Strafzumessung . . . . .	753
12	Abgabe an die Staatsanwaltschaft . . . . .	756
13	Bemessung der Freiheitsstrafe . . . . .	756
<b>VII.</b>	<b>Umsatzsteuer-Karussell . . . . .</b>	<b>759</b>
1	Ziel der Umsatzsteuer-Karusselle . . . . .	760
2	Funktionsweise und rechtliche Beurteilung . . . . .	764
2.1	Übersicht . . . . .	764
2.2	Missing Trader . . . . .	766
2.2.1	Nichtanerkennung steuerfreier innergemeinschaftli- cher Lieferungen . . . . .	768
2.2.2	Versagung des Vorsteuerabzugs. . . . .	769
2.2.3	Spezifische Rechtsprechung zu Umsatzsteuer- Karussellen . . . . .	773
2.2.4	Rechtsprechung zu Gunsten des Fiskus . . . . .	773
2.2.5	Rechtsprechung zu Gunsten des Stpfl. . . . .	773
2.2.6	Vermittelnde Rechtsprechung . . . . .	774
2.2.7	Grundsatzentscheidung des EuGH. . . . .	774
2.3	Buffer und Distributor . . . . .	783
2.4	Verschaffung der Verfügungsmacht . . . . .	784
3	Reaktionen des Gesetzgebers und der Verwaltung. . . . .	784
<b>VIII.</b>	<b>Schätzung im Steuerstrafverfahren. . . . .</b>	<b>786</b>
1	Grundsätze der Schätzung im Steuerstrafverfahren . . . . .	787
2	Tauglichkeit der Schätzungsmethoden im Steuerstrafver- fahren . . . . .	788
<b>IX.</b>	<b>Steuerhinterziehung bei Inanspruchnahme des Ehegattensplittings . . . . .</b>	<b>789</b>
1	Praktizierung des dauernden Getrenntlebens in steuerli- cher Hinsicht . . . . .	789
2	Ermittlungen des Finanzamts . . . . .	790
3	Vorwurf der Steuerhinterziehung (§ 370 AO) . . . . .	791
3.1	Vorwurf gegen den Stpfl. . . . .	791
3.2	Vorwurf gegen den Steuerberater . . . . .	792

<b>X.</b>	<b>Steuerhinterziehung bei Beantragung der Herabsetzung von Vorauszahlungen . . . . .</b>	<b>794</b>
1	Ausgangssituation . . . . .	794
2	Fallkonstellationen in der Praxis . . . . .	796
<b>XI.</b>	<b>Praxis des Kontenabrufs auf Stammdaten . . . . .</b>	<b>800</b>
1	Vorgeschichte des Kontenabrufs . . . . .	801
2	Bisher schon bestehende Auskunftspflicht von Kreditinstituten . . . . .	804
3	Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die flächendeckende Möglichkeit eines behördlichen Kontenabrufs . . . . .	807
4	Rechtsschutz der Beteiligten im Kontenabrufverfahren . . . . .	809
5	Kontenabruf und Selbstanzeige . . . . .	811
6	Voraussetzungen für den Kontenabruf nach § 93 Abs. 8 AO . . . . .	811
7	Fazit . . . . .	814
<b>XII.</b>	<b>Automatisierte Rentenbezugsmitteilungen nach dem Alterseinkünftegesetz . . . . .</b>	<b>816</b>
1	Neuregelung der Rentenbesteuerung durch das Alterseinkünftegesetz . . . . .	817
2	Einführung eines automatisierten Rentenbezugsmitteilungssystems . . . . .	818
2.1	Rentenbezugsmitteilung bis zum 01.03. des Folgejahres . . . . .	819
2.2	Mitteilungspflichtige . . . . .	821
2.3	Inhalt der Rentenbezugsmitteilung . . . . .	821
2.3.1	Angaben zur Identifikation des Leistungsempfängers . . . . .	821
2.3.2	Angaben zur Höhe und Bestimmung des Leistungsbezugs . . . . .	822
2.3.3	Angaben zum Teil der Rente, der ausschließlich auf einer regelmäßigen Anpassung der Rente beruht . . . . .	822
2.3.4	Angaben zu Beginn und Ende des Leistungsbezugs . . . . .	823
2.3.5	Angaben zur Identifikation des Mitwirkungspflichtigen . . . . .	823
2.4	Unterrichtung des Leistungsempfängers . . . . .	823
2.5	Mitteilung der Identifikationsnummer (§ 139b AO) an den Mitteilungspflichtigen . . . . .	824
2.6	Ermittlungspflicht . . . . .	824
3	Fazit . . . . .	825

**Teil 4:**

<b>Die Steuerfahndung in der Praxis . . . . .</b>	<b>827</b>
<b>I. Verhalten während einer Steuerfahndungsprüfung . . . . .</b>	<b>827</b>
1 Geringe Bedeutung der Durchsuchung im Gesamtverfahrens- ablauf . . . . .	827
1.1 Realitäten im Steuerfahndungsverfahren . . . . .	827
1.2 Rückstand der Steuerfahndung im EDV-Bereich. . . . .	829
1.3 Bedeutung von Selbstanzeige und Kooperation . . . . .	830
2 Durchsuchungssituation . . . . .	832
3 Zumeist geringes Verhaftungsrisiko . . . . .	835
4 Verhaltensregeln bei Durchsuchungsmaßnahmen . . . . .	837
5 Verhaltensregeln für die Zeit nach der Durchsuchungsmaß- nahme . . . . .	838
6 Tricks der Steuerfahndung . . . . .	840
6.1 Auseinanderdividieren von Verteidiger und Mandanten . . . .	840
6.2 Versuchte Kontaktaufnahme zum Beschuldigten am Vertei- diger vorbei . . . . .	841
<b>II. Procedere im Steuerstrafverfahren . . . . .</b>	<b>842</b>
1 Bearbeitung von Steuerstraffällen im Innendienst. . . . .	842
2 Verhalten während des Steuerstrafverfahrens . . . . .	844
3 Überlange Verfahrensdauer. . . . .	846
4 Checkliste zur Auswahl eines Verteidigers in Steuerstrafs- achen . . . . .	849
<b>III. Steuerhinterziehung: Strafbarkeitsrisiko des Steuerberaters .</b>	<b>850</b>
1 Strafrechtliche Verantwortlichkeit . . . . .	850
2 Bußgeldrechtliche Verantwortlichkeit . . . . .	854
3 Nachträgliches Erkennen unrichtiger Angaben . . . . .	855
3.1 Fallgruppe 1 . . . . .	856
3.2 Fallgruppe 2 . . . . .	856
3.3 Fallgruppe 3 . . . . .	857
3.4 Fallgruppe 4 . . . . .	857
4 Selbstanzeige des Steuerberaters . . . . .	858
4.1 Selbstanzeige wegen Beihilfe oder (Mit-)Täterschaft . . . . .	858
4.2 Selbstanzeige wegen leichtfertiger Steuerverkürzung. . . . .	858
5 Durchsuchung beim Steuerberater . . . . .	860
6 Ermittlungsprobleme der Finanzbehörden . . . . .	860
<b>IV. Steuerfahndung: Besonderheiten bei der Bankenfahndung . .</b>	<b>863</b>
1 Kreditinstitute im Visier der Steuerfahndung . . . . .	864

2	Maßnahmen der Finanzverwaltung gegen die Kapitalflucht . .	865
3	„Conto pro Diverse“ als Ausgangspunkt der Ermittlungen . . .	867
4	Spezifische Enttarnungstechniken beim Geldtransfer ins Ausland . . . . .	869
5	Taktiken und Arbeitsabläufe innerhalb der Finanzverwaltung.	872
6	Ankauf von Steuer-CDs . . . . .	875
7	Reaktion auf Schreiben von Steuerfahndung sowie Bußgeld- und Strafsachenstelle . . . . .	878
7.1	Schreiben vom Veranlagungsfinanzamt . . . . .	878
7.2	Schreiben von der Bußgeld- und Strafsachenstelle . . . . .	881
7.3	Schreiben von der Steuerfahndungsstelle . . . . .	882
8	Das magische Dreieck: Mandant – Steuerberater – Strafvertei- diger . . . . .	883
9	Besonderheiten beim Verfahren gegen Kreditinstitute selbst . .	884
10	Qualifizierte Risiken für Bankmitarbeiter bei der Kooperation mit der Steuerfahndung . . . . .	887
11	Besonderheiten bei Verfahren gegen Beamte und sonstige Mitarbeiter von Finanzbehörden . . . . .	887
12	Auswirkungen der Bankenfahndung auf die Erfassung stpfl. Spekulationsgewinne . . . . .	889
<b>V.</b>	<b>Arrest in Steuerfahndungsfällen . . . . .</b>	<b>892</b>
1	Zunehmender Arrest von Vermögenswerten . . . . .	892
2	Grundsätze des steuerlichen Arrests . . . . .	893
2.1	Arrestanspruch: Entstehen des Steueranspruchs . . . . .	893
2.2	Arrestgrund: steuerliche Unzuverlässigkeit . . . . .	894
2.3	Strenge formale Vorschriften für die Arrestanordnung . . . . .	895
3	Rechtsbehelfe gegen den steuerlichen Arrest. . . . .	896
3.1	Einspruch gegen die Arrestanordnung und Antrag auf Aufhe- bung (Aussetzung) der Vollziehung . . . . .	896
3.2	Sofortige Klage gegen die Arrestanordnung i. V. m. dem Antrag auf Aussetzung der Vollziehung . . . . .	897
3.3	Einspruch gegen die Pfändungsverfügung und Antrag auf Aussetzung der Vollziehung . . . . .	898
3.4	Antrag auf einstweilige Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung . . . . .	899
3.5	Schadensersatz bei ungerechtfertigtem Arrest . . . . .	899
4	Strafprozessualer Arrest als Zwischenlösung . . . . .	899

<b>VI.</b>	<b>Steuerstrafverfahren: Erstattung oder steuerliche Abzugsfähigkeit von Verteidigerkosten . . . . .</b>	<b>901</b>
1	Verteidigerkosten als erhebliche Belastung für den Stpfl. . . . .	901
2	Möglichkeit der Erstattung von Verteidigerkosten. . . . .	902
3	Steuerliche Abzugsfähigkeit von Verteidigerkosten bei betrieblichem/beruflichem Zusammenhang . . . . .	903
<b>VII.</b>	<b>Verteidigungsaspekte bei der Aufdeckung von Vermögenswerten durch die Finanzverwaltung . . . . .</b>	<b>906</b>
1	Vorschnelle Ratschläge zur Selbstanzeige . . . . .	906
2	Aufdeckung von Vermögenswerten eines Stpfl. . . . .	907
2.1	Probleme der Finanzverwaltung ab dem Bekanntwerden der Vermögenswerte . . . . .	907
2.2	Strafrechtliche Verjährung als Hürde bei der Ermittlung von Schwarzeinkünften . . . . .	908
2.3	Schätzung bei der Ermittlung von Zinseinkünften . . . . .	909
3	Bloße Vermutung eines Kapitalvermögens und Ansatz von Zinsen . . . . .	911
4	Feststellung von Bareinzahlungen bei Betriebs- oder Steuerfahndungsprüfungen . . . . .	913
<b>VIII.</b>	<b>Verteidigungsaspekte bei Steuerstrafverfahren aufgrund von Betriebsprüfungen . . . . .</b>	<b>915</b>
1	Vorsicht bei der Mitwirkung hinsichtlich strafbefangener Prüfungsfelder . . . . .	915
2	Vorsicht bei strafrechtlichem Hinweis in der Schlussbesprechung . . . . .	916
3	Bedeutung der Selbstanzeige wegen leichtfertiger Steuerverkürzung und der Selbstanzeige Dritter . . . . .	918
4	Beweisprobleme in der Hauptverhandlung . . . . .	919
<b>IX.</b>	<b>Einvernehmliche Beendigung von Steuerstrafverfahren nach Maßgabe von § 153a StPO . . . . .</b>	<b>920</b>
1	Ursprünglicher Zweck: Ahndung von Kleinkriminalität . . . . .	920
2	Anwendungsbereich im Steuerstrafverfahren . . . . .	922
3	Nutzbarmachung des § 153a StPO für Mandanten . . . . .	924
4	Ermittlung des Auflagenbetrags . . . . .	925
	Stichwortverzeichnis . . . . .	927